

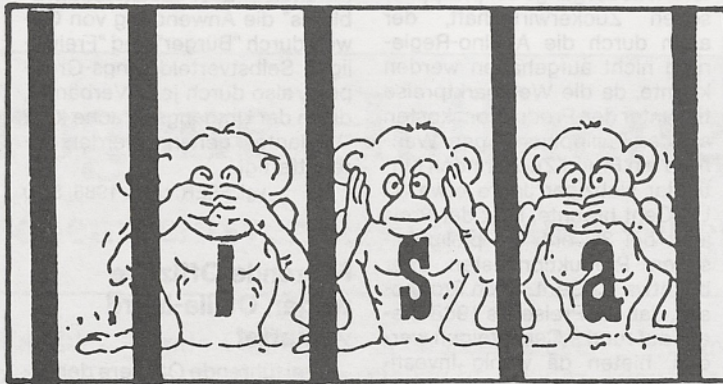
Aktivitäten zu Malaysia

Internationale Proteste gegen die Massenverhaftungen in Malaysia im Oktober / November 1987 gehen weiter. In den Niederlanden richteten Parlamentsabgeordnete eine Anfrage an den Außenminister. Katholische wie protestantische Kirchen (-organisationen) protestierten gegen die Verhaftungen und eine Gruppe von Vertretern von Kirchen- und Entwicklungshilfeorganisationen führte ein Gespräch mit dem malaysischen Botschafter bei der Übergabe eines Schreibens an den malaysischen Premierminister Mahathir. In Belgien überreichten die Abgeordneten Boesmann und Staes von der sozialistischen Fraktion und Telkämper von der Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament zusammen mit Abgeordneten des belgischen Parlaments eine Protestnote bei der malaysischen Botschaft. Der Exekutivausschuß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) protestierte auf seiner Sitzung vom 16.-18.12.87 ebenfalls gegen die Verhaftungen, insbesondere gegen die Festnahme von V. David, der als Generalsekretär der MTUC auch Mitglied des Exekutivausschusses des IBFG ist. Der neuseeländische Sektion der Internationalen Kommission für Menschenrechte wurde ein ausführlicher Bericht eines ihrer Mitglieder als Beobachter des Habeas-Corpus-Verfahrens in Kuala Lumpur im November vorgelegt. Der Bericht schlägt u.a. vor, eine internationale Delegation nach Malaysia zu schicken, die über die Situation der Internierten, die Anwendung des ISA sowie allgemein die Rechtsstaatlichkeit berichten sollte. In Japan hat sich eine Solidaritätsgruppe gegen die Massenverhaftungen in Malaysia gegründet, die eine internationale Solidaritätsaktion Anfang März in Form eines mehrtägigen, symbolischen Boykotts der malaysischen Fluggesellschaft durchführt, eine Protestdemonstration für Ende März vorbereitet und eine Untersuchungs-Delegation nach Malaysia schicken will. Auf dem interparlamentarischen Treffen zwischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) und der ASEAN Interparliamentary Organisation (AIPO) in Kuala Lumpur vom 25.1. bis 2.2.88 wurde insbesondere vom deutschen Delegationsteilnehmer der Regenbogenfraktion, Wilfried Telkämper mit Unterstützung des Niederländer, Ben Visser von der sozialistischen Fraktion die Frage der Verhaftungen und Menschenrechte auf die Tagesordnung gebracht (vgl. Nachricht im Malaysia-Teil). Dabei spielte die umfassende Informierung der Delegationsteilnehmer vorher durch Mitglieder des Europäischen Menschenrechtskomitees für Malaysia und Singapur - KEHMA-S - eine wichtige Rolle.

KEHMA-S Tagung in Bochum

Vom 18. bis 20.12.88 fand in der Südostasien-Informationsstelle in Bochum das regelmäßige Treffen des Europäischen Menschenrechtskomitees für Malaysia und Singapur statt, zu dem Vertreter von Organisationen aus Großbritannien, Belgien, Niederlande, Frankreich und der BRD anwesend

waren. Wichtigste Tagesordnungspunkte waren die Einschätzung der Situation in Malaysia und die Planung weiterer Aktivitäten sowie die Fortführung von Aktionen zu den Verhaftungen in Singapur. Das Komitee beschloß, eine europaweite Kampagne zu "Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Malaysia" über einen Zeitraum von 2 Jahren durchzuführen. Sie bedeutet vor allem Informations- und Aufklärungsarbeit über die wirkliche Situation in Malaysia, nicht nur allein, um eine Freilassung der ISA-Internierten zu erreichen, sondern um in Europa das unterdrückerische System von Gesetzen bekannt zu machen, welches der Regierung ermöglicht, die in der malaysischen Verfassung verbrieften Grundrechte jederzeit ohne Parlamentsbeschluß aufzuheben. Allein die Freilassung der Inhaftierten ohne Abschaffung der repressiven Gesetze, insbesondere des ISA, würde noch lange keine demokratischen Verhältnisse im Land schaffen. Im Rahmen dieser Kampagne ist für den Früh Sommer 1989, dem 200. Jahrestag der französischen Revolution eine internationale Konferenz dazu - voraussichtlich in Brüssel - geplant. Zu dem öffentlichen Teil der Tagung



waren Vertreter von verschiedenen Menschenrechts- und Kirchenorganisationen, politischen Parteien des Bundestages und des Europa-Parlaments eingeladen worden, um sie über die Situation in Malaysia zu informieren und ggf. gemeinsame Aktivitäten zu besprechen. Vertreter/innen der Bundestagsfraktion der Grünen, der Regenbogenfraktion im Europa-Parlament, von Amnesty International Deutschland und Brot für die Welt waren gekommen. Eine Reihe anderer Bundestags- und Europaabgeordnete hatte aus Termingründen abgesagt und z.T. weiteres Interesse an der Thematik bekundet. Die Grünen- und Regenbogenfraktion sagten ihre Unterstützung für die geplante Kampagne zu. AI wird aufgrund ihrer Arbeitsweise unabhängig von der Kampagne parallel ihre Bemühungen zur Freilassung der Inhaftierten verstärken und ggf. punktuell im Rahmen der Kampagne zusammenarbeiten. Entsprechendes gilt für Brot für die Welt. Vom Vertreter der Regenbogenfraktion wurde angeregt, die ASEAN-EG Außenminister-Konferenz am 2.-3.5.88 in Düsseldorf als Anlaß zu nehmen, um über die Menschenrechtsverletzungen in Malaysia und Singapur zu informieren (vgl. Bericht über die Mitgliederversammlung). Ende April wird die nächste KEHMA-S-Tagung in Holland stattfinden, auf der weitere Konkretisierungsschritte für die Kampagne besprochen werden. Die Südostasien-Informationsstelle, Mitglied bei KEH-

MA-S, sucht Individuen und Organisationen, die in der BRD eine solche Kampagne unterstützen würden. Interessenten wenden sich bitte an die Redaktionsadresse.

Aktivitäten in der Bundesrepublik

Eine große Anzahl von Einzelpersonen hat sich inzwischen mit Nachfragen und/oder Protestschreiben an die malaysischen Vertretungen in der BRD gewandt. Viele erhielten dabei auch eine Antwort, die die Verhaftungen zum Abbau von ethnischen Spannungen rechtfertigt. Unternehmer wurden von dem nach wie vor guten Investitionsklima mit dem Argument "überzeugt", daß die Firma Sony eine größeres Werk in Malaysia aufbauen wird und US-Firmen Erweiterungsinvestitionen von 400 Mio. US\$ vorgesehen haben.

Die deutsche Kommission "Justitia et Pax" hat Ende des Jahres in einem Brief an den malaysischen Botschafter erneut um die Freilassung der Inhaftierten gebeten. Nach der anfänglichen Beschäftigung mit der Lage in Malaysia in verschiedenen Bundestagsausschüssen (vgl. SOAI 4/87, S.59) scheint das Interesse bei den großen Parteien, sich verstärkt für die Freilassung der noch Inhaftierten einzusetzen, nachgelassen zu haben.

Die Bemühungen des Grünen-Abgeordneten Ludger Volmer und seiner Fraktion, eine interfraktionelle Resolution ähnlich der des Europäischen Parlaments (vgl. ebd.) im Bundestag einzubringen, waren bisher nicht erfolgreich. Die SPD-Fraktion scheint an einem solchen gemeinsamen Vorgehen nicht interessiert zu sein, sondern hält die eigenständigen Aktivitäten ihres Abgeordneten Schanz wohl für ausreichend. Ebenso hat es bisher vom Menschenrechtsausschuß keine weiteren Aktivitäten gegeben, obgleich dieser

bei "unbefriedigender" oder Beantwortung seines Briefes, die Möglichkeit einer öffentlichen Anhörung in Erwägung gezogen hat.

Aktionen von amnesty international

AI hat im Dezember und Januar zwei weitere "Urgent actions" zu den Inhaftierungen in Malaysia veröffentlicht. Diese enthielten dringende Appelle an die Regierung Malaysias, daß die Inhaftierten ohne Bedingungen freigelassen werden sollten oder ihnen ein faires Gerichtsverfahren zu machen sei.

AI hat alle 38 Personen, die sich noch in Haft befinden, Anfang März 1988 als gewaltlose politische Gefangene adoptiert und fordert jetzt für alle bedingungslose Freilassung.

Im Dezember 1987 veranstaltete AI eine Demonstration in Frankfurt vor dem Touristikbüro Malaysias. Sie wandte sich gegen die Inhaftierung der ISA-Gefangenen. Da sie kurz vor Weihnachten stattfand, hat die Aktion eine große Anzahl von Personen erreicht.

AI hat über 1100 Unterschriften für die sofortige Freilassung der ISA-Gefangenen gesammelt. Die Anzahl wurde von einem deutschen Notar beglaubigt und die Originallisten dem Premierminister Malaysias, Dr. Mahathir, direkt zugesandt.

P.Franke